



Heidrun Bluhm

Mitglied des
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

Impressum:
Deutscher Bundestag
Büro Heidrun Bluhm
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22770255
Fax: 030 22776155
E-Mail: heidrun.bluhm
@bundestag.de
www.heidrun-bluhm.de
V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

Wohnen wird immer teurer – Die Wohngeldreform muss darauf reagieren

Geringverdiener, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten, Familien mit Kindern und Alleinerziehende spüren die steigenden Preise in vielen Bereichen des täglichen Bedarfs am heftigsten. Die Bundesregierung muss anerkennen, dass gerade die Kosten rund ums Wohnen – vor allem durch explodierende Kosten für Heizung, Strom und Warmwasser – für viele Menschen kaum mehr tragbar sind. Eine Wohngeldreform ist also dringend nötig, damit Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Damit Bezieher/innen von niedrigen Einkommen nicht gezwungen sind ALG II zu beantragen, fordert DIE LINKE eine deutliche Erhöhung des Wohngeldes um mindestens 15 Prozent sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen für Wohngeldbezieher/innen. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zum Wohngeld ist keine Wohngeldreform, die diesen Namen wirklich verdient. Denn die Grundsatzfrage nach der längst überfälligen Erhöhung des staatlichen Zuschusses zum Wohnen wird vollständig ausgeklammert.

Der Soziale Wohnungsbau verliert weiter an Bedeutung, Kommunen privatisieren im großen Rahmen ihre Wohnungsbestände. Als bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE sehe ich diese Fehlentwicklungen

sehr kritisch. Sie gefährden ein hohes Sozialgut: Eine sichere, dem Bedarf entsprechende Wohnung gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Die Zahlen sprechen für sich: Seit 2001 sind die Mieten ohne Nebenkosten um 6,5 Prozent gestiegen. Die Gebühren für Wasser, Abwasser und Müll sind in diesem Zeitraum um über 10 Prozent, die Kosten für Strom um 23,8 Prozent, für Gas um 30,3 Prozent und für Öl um 53,3 Prozent gestiegen. Das Wohngeld wurde aber im gleichen Zeitraum – also seit 2001 – nicht mehr erhöht. Eine Anhebung der Einkommensgrenzen ist ebenso nötig. Haushalte, die geringfügig über den Einkommensgrenzen des Wohngeldgesetzes liegen, haben häufig eine Wohnkostenbelastung von 50 Prozent und mehr – gemessen am Gesamtfamilieneinkommen.

Richtig ist, dass ein Wohngeldantrag zu bürokratisch und undurchsichtig ist. Dies muss geändert werden. Es gibt nicht einmal den Versuch, wohnungsbezogene Leistungen aufeinander abzustimmen. Im Gegensatz zu Haushalten, die Anspruch auf ALG II haben, bleiben bei Wohngeldempfängern die Heizkosten völlig unberücksichtigt. Der vorgelegte Gesetzentwurf macht keinen Versuch, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen. ▶

Heizkosten und Warmwasser müssen endlich beim Wohn-geld berücksichtigt werden. Hierzu befindet sich bereits ein Antrag meiner Fraktion im Bundestag. Mitte Dezember wird auf unsere Initiative hin eine Expertenanhörung des

Bundestages zum Thema Wohngeldreform stattfinden. Dort werden wir noch einmal nachdrücklich einen Zuschlag beim Wohngeld sowie die Einbeziehung der Heizkosten – verbunden mit einem Anreiz zum sparsamen Umgang mit

Heizenergie – fordern. Der Versuch der Bundesregierung, durch übereilte Befassung die Bedingungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger weiter zu verschlechtern, ist damit erst einmal gescheitert.

Halbzeit im Bundestag – Fazit nach zwei Jahren Großer Koalition

Der Bundestag hat nun die Hälfte der Legislaturperiode hinter sich. Die Große Koalition hat eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung im Bundestag entschieden. Sei es die „Rente mit 67“, die Gesundheitsreform, die Abschaffung der Pendlerpauschale, Reduzierung des Sparerfreibetrages, die Mehrwertsteuererhöhung. All diesen Maßnahmen ist gemein: Die Bundesregierung treibt die Umverteilung von unten nach oben weiter voran. Trotz steigender Steuereinnahmen und eines Überschusses der Bundesagentur für Arbeit bitten CDU/CSU und SPD die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose weiter zur Kasse und belasten sie allein in diesem Jahr mit 30 Milliarden Euro.

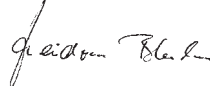
All dies hindert die Kanzlerin nicht daran, die Politik der Bundesregierung in den höchsten Tönen zu loben. „Deutschland hat wieder allen Grund zur Zuversicht“ heißt es in ihrem Halbzeitfazit ziemlich unkonkret. Doch wenn sie mit „Deutschland“ meint, sagte sie nicht. An Millionen von Menschen mit real sinkendem Einkommen bei steigenden Lebenshaltungskosten geht der Aufschwung weiter

ohne spürbare Verbesserungen vorüber. Der größte Skandal ist aber: Obwohl Deutschland sich im Aufschwung befindet und die durchschnittlichen Vermögen weiter steigen, ist die Zahl der in Armut lebender Kinder in Deutschland auf ein Rekordniveau von rund 2,5 Millionen gestiegen. Schaut man genauer auf die Daten zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bietet sich ebenfalls kein erfreuliches Bild. Die Zahlen des DGB sprechen eine eindeutige Sprache: So hat sich die Zahl der Zeitarbeiter seit 2003 auf 650 000 verdoppelt; 18 Prozent der Erwerbstätigen sind Minijobber, weitere 600 000 Menschen arbeiten als Ein-Euro-Jobber, und 440 000 Vollzeitbeschäftigte verdienen so wenig, dass sie auf Hartz IV angewiesen sind. Ein Großteil der Bevölkerung ist zunehmend vom Wohlstandszuwachs abgekoppelt. Seit zehn Jahren gibt es in Deutschland keinen realen Lohnzuwachs, ganz im Gegenteil: Der Prozess der permanenten Lohnsenkung geht unvermindert weiter. Als eine erste Antwort darauf muss endlich ein allgemein verbindlicher Mindestlohn eingeführt werden. Wir – DIE LINKE im Bundestag – streiten weiter für die Einführung eines einheitlichen, flächendeckenden und existenzsichernden ge-

setzlichen Mindestlohn. Wir werden die SPD weiter zu einer sozialeren Politik drängen. Ein wichtiger erster Schritt dahin wäre die Einführung von Mindestlöhnen für die Postdienstleister.

Die Menschen im Osten sind zu Recht von der Kanzlerin aus dem Osten enttäuscht. Die besondere Lage, die besonderen Probleme im Osten sind für sie scheinbar kein Thema. Sie macht lieber Außenpolitik. Für die Große Koalition heißt das: Die Militarisierung der Außenpolitik – unter Rot-Grün begonnen – wird fortgesetzt. Die Bundeswehr steht mittlerweile in zehn Staaten. Wir – DIE LINKE im Bundestag – werden auch in der zweiten Hälfte der Wahlperiode die einzige Fraktion im Bundestag sein, die konsequent für soziale Gerechtigkeit, für eine gerechte Steuerpolitik, für mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung und Friedenspolitik eintreten wird. Darauf können die Bürgerinnen und Bürger sich verlassen.

Ihre Heidrun Bluhm



wünscht trotz allem sorgenfreie und frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2008